

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

29.12.1925 (No. 301)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14.
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontor
Karlsruhe
Nr. 3515

Vergütlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Kneub,
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Geldmark einschließlich Zustelgebühren. — Einzelnummer 10 Geldpfennig. — Samstag 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite für den ersten Tag. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstehende Anzeigen sind nicht an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Postfach Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Verleger nach dem Inhalt des Anzeigens berechnet. Bei Anzeigeneinstellung, Anzeigenerweiterung, Anzeigenerziehung, Anzeigenerziehung im eigenen Bereich oder in dem unserer Verleger, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Anzeigeneinstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Anverlangte Druckkosten und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verzögerungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Anstehende Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Gemeinden und die Arbeitslosenversicherung

Der von der Reichsregierung kürzlich im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichte Entwurf einer künftigen Arbeitslosenversicherung ist für die deutschen Kommunen in finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht von erheblicher Bedeutung. Das gegenwärtige gefährliche Anwachsen der Arbeitslosigkeit legt ein soziales Problem bloß, an dem die Gemeinden als die Hauptträger der Wohlfahrts- und Armenpflege ganz gewiß nicht achtlos vorübergehen dürfen. Die Aufgabe des reichsrechtlichen Arbeitslosenversicherungsentwurfes ist bekanntlich in erster Linie die Umwandlung der staatlichen und kommunalen Arbeitslosenversicherung in eine geordnete Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, deren Kosten im wesentlichen die Wirtschaftsfaktoren, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, gemeinsam tragen sollen.

Als im Jahre 1918 die öffentliche Arbeitslosenversicherung in Deutschland eingeführt wurde, legte man den Gemeinden die Verpflichtung auf, ein Sechstel der Kosten der Arbeitslosenversicherung für die in der Gemeinde wohnenden Arbeitslosen auf sich zu nehmen. Ebenso wurde einige Jahre später die Verwaltung der Arbeitsnachweise in die Hände der Kommunen gelegt. Zwischen beiden wurde im Jahre 1923 eine enge Verbindung geschaffen, indem die Entscheidung über das Vorliegen fürsorgeberechtigter Arbeitslosigkeit und andere wichtige Aufgaben der Arbeitslosenversicherung den Arbeitsnachweisen zugewiesen wurde. Gleichzeitig wurden aber auch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Zahlung von Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung sowie für die Erhaltung der Arbeitsnachweise herangezogen.

Trotzdem hat die Arbeitslosenversicherung bisher den Charakter einer sozialen Fürsorge behalten. Erst durch den jetzt vorliegenden Entwurf soll sie endgültig zu einem Zweige der sozialen Versicherung ausgestaltet werden. Der neue Entwurf will (mit einigen Ausnahmen) alle krankheitsversicherungspflichtigen Arbeitnehmer auch der Arbeitslosenversicherung unterstellen. Der innerhalb des letzten Jahres vor Eintritt der Arbeitslosigkeit 26 Wochen lang eine versicherungspflichtige Beschäftigung als Arbeitnehmer ausgeübt hat, soll künftig berechtigt sein, Arbeitslosenversicherung zu bezahlen. Die Arbeitslosenversicherung soll 26 Wochen lang ausbezahlt werden. Diese Frist kann jedoch allgemein herabgesetzt oder verlängert werden. Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung soll nach dem Arbeitsverdienst abgestuft werden. Für die Hauptunterstützungsempfänger, also die Arbeitslosen selbst wird sie 40 Prozent des Einheitslohns (der ungefähr dem durchschnittlichen Arbeitsverdienst entspricht) betragen. Für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen wird aber ein Zuschlag von 5 Prozent des Einheitslohns bezahlt, bis zum Höchstbetrage der Gesamtunterstützung von 65 Prozent des Einheitslohns. Ferner werden während der Dauer der Arbeitslosigkeit die Krankenkassenbeiträge für die Arbeitslosen von der Arbeitslosenversicherung weitergezahlt werden.

Um der Arbeitslosenversicherung den Charakter einer produktiven Einrichtung zu geben, werden die Gemeinden die Pflicht haben, die Arbeitslosen nach Möglichkeit zu Pflichtarbeiten heranzuziehen, die diese nicht verweigern dürfen, da ihnen sonst die Unterstützung entzogen werden kann. Die Gemeindeverwaltungen können von den Aufsichtsbehörden angehalten werden, Gelegenheit zu Pflichtarbeiten zu schaffen. Die Durchführung der Arbeitslosenversicherung soll im übrigen nicht mehr, wie die der Arbeitslosenversicherung, in den Händen der Kommunen, sondern in denen der Landesarbeitslosenstellen bezogen der Arbeitsnachweisdienste liegen. Jedoch sind die Arbeitsnachweise ja Einrichtungen der Gemeinden oder der Gemeindeverbände, so daß diesen ein maßgebender indirekter Einfluß erhalten bleibt. Die Landesarbeitslosenstellen setzen für ihre Bezirke die zur Hälfte von den Arbeitnehmern zu leistenden Beiträge fest und schaffen zugleich innerhalb ihres Bezirks einen Ausgleich, wenn etwa an einzelnen Orten die Arbeitslosigkeit besonders groß wird. Unter den Bezirken wird durch eine Reichsausgleichskasse nach Möglichkeit eine gleichmäßige Belastung geschaffen. Die Erhebung der Beiträge, die nicht mehr als 2 Prozent des Krankenkasseneinkommens betragen dürfen, erfolgt durch die Krankenkassen zugleich mit den Krankenkassenbeiträgen.

Für die Gemeinden bringt der Entwurf infolgedessen eine Entlastung, als die Gemeinden für die Arbeitslosenunterstützungen bisher ein Neuntel des erforderlichen Aufwands zu tragen hatten, was in Zukunft ganz in Wegfall kommt. Dagegen entfällt von den Verwaltungskosten der öffentlichen Arbeitsnachweise und der Landesämter wie bisher auch künftig ein Drittel auf die Gemeinden. Zu den Verwaltungskosten der neu zu errichtenden Landesarbeitslosenstellen haben dagegen die Gemeinden nicht beizutragen. Ob die Einführung der Arbeitslosenversicherung tatsächlich den Gemeinden eine erhebliche finanzielle Entlastung bringen wird, muß freilich abgewartet werden. Auf Grund der fürsorgepflichtigen Vorbereitung verbleibt den Gemeinden die Fürsorge für alle diejenigen Arbeitslosen, die nicht der Arbeitslosenversicherung unterliegen oder von dieser keine Unterstützungen mehr erhalten. Dr. Erwin Münch hat aber in den „Berliner Wirtschaftsberichten“ hingewiesen, daß der Arbeitslosenversicherungsentwurf die Voraussetzungen für die Gewährung von Unterstützungen an Arbeitslose verschärft und daß dadurch wahrscheinlich die Zahl der nicht von der Arbeitslosenversicherung erfaßten Personen vergrößert werden wird, so daß durch die der Wohlfahrtspflege der Gemeinden entfallenden Mehrkosten vielleicht der Wegfall der gemeinsamen Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung ausgeglichen werden könnte.

Die Vorbildung des Geschichtslehrers

Von Franz Schnabel

Es ist eine umfassende und große Aufgabe, welche dem Geschichtslehrer gestellt ist. Er wird sie auf verschiedener Stufe verschieden lösen müssen — in der Volksschule anders als in Tertia und wieder anders in Prima und wieder anders auf der Hochschule: aber die Aufgabe enthält das Prinzip jeder geschichtlichen Bildung, und sie wird in jedem Falle und auf jeder Stufe nur bei umfassender Vorbildung des Lehrers möglich sein. Denn mehr als bei jedem anderen Unterrichte kommt es hier auf die Persönlichkeit des Lehrers an, der erfüllt sein muß von der Größe des Gegenstandes und von der Bewegtheit der Erscheinungen, aber auch von dem Ernst der Wissenschaft. Es kann nicht im Rahmen dieses Aufsatzes liegen, die ganze Frage des Universitätsstudiums der Lehrerschaft hier aufzuzählen. Doch es muß darauf hingewiesen werden, daß wahre geschichtliche Bildung im Rahmen des alten Lehrerseminars niemals vermittelt werden konnte, weil es diesem Seminar — mit seinen volkgepropten Lehrplänen und seiner Gelehrtheit — bei aller Abgeschlossenheit der Lehrstätte an jeder inneren Einheit und an jeder Möglichkeit stiller Sammlung fehlte, ohne die nun einmal eine geistige Vorbereitung nicht denkbar ist. Dies hatte man in manchen Teilen Deutschlands schon vor dem Kriege erkannt. Wer damals die Universität Leipzig besuchte, konnte bemerken, wie zu den Füßen Karl Lamprechts oder des Kirchenhistorikers Hauck auch die sächsischen Schulamtskandidaten saßen, und man weiß ja, welche hohe Anforderungen gerade Albert Hauck an seine Hörer zu stellen gewohnt war und wie sein ganz dem Geistesgenuss gewidmetes Leben in den Stunden seiner Vorlesungen Höhepunkte innerer Ergriffenheit fand. Aber so nachrücklich auch gerade vom Standpunkte des geschichtlichen Unterrichts das Hochschulstudium des Volksschullehrers gefordert werden muß, ebenso erweist sich vor dem Fachstudium gewandt werden. In einem Augenblick, wo gerade der strebende Teil der akademischen Jugend und die Besten im Reiche der Wissenschaft aus der geistlosen Spezialisierung und Zersplitterung herausstreben, zu welcher das Fakultätensystem schließlich im 19. Jahrhundert geführt hat — in einem solchen Augenblick darf die Lehrerschaft der Volksschule nicht zu einer fachmäßigen Bindung hinsteuern, die von den Bedürfnissen der Schule am allerwenigsten gefordert wird. Auch die Reformbestrebungen der höheren Schule sind ja zum größten Teile gerade im Sinne einer neuen Synthese und inneren Einheit gedacht, und es braucht in diesem Zusammenhang nur auf die beiden neuen und bekannten pädagogischen Schriften von Hellpach und Karl Ott hingewiesen zu werden. Die Zeiten sind schon wieder vorüber, wo man glaubte, daß an einer höheren Schule jedes Fach durch seinen besonderen Fachlehrer vertreten sein müsse, so daß in jeder Stunde ein anderer Lehrer die Klasse betritt. Was das alte Lehrerseminar unertüchlich gemacht hatte, darf nicht jetzt in die Volksschule eingeführt werden, und die höhere Schule ihrerseits wird die Konzentrierung ihres Unterrichtes auch gegen die Universitäten zur Geltung bringen. Es wird freilich — nach dem ganzen Charakter des akademischen Lebens und seiner Bindungen — lange dauern, bis auch hier die akademische Freiheit des Studiums wieder sich durchsetzt, und neue Bahnen der Wissenschaft sind noch nie ohne Opfer, Zeitverlust und ohne befreienden Kampf wider akademische Richtigkeiten erreicht worden. Aber es wäre eine Katastrophe unserer nationalen Bildung, wenn in diesem Augenblick auch die Lehrerschaft nun gleichfalls dem Spezialisentum verfallen sollte. Die Kritik am alten Lehrerseminar richtet sich letzten Endes ja durchaus nicht gegen die absolute Menge des Stoffes, sondern gegen das unorganische Nebeneinander, gegen die Indiszipliniertheit des ganzen Aufbaues, die zu einem zusammenhangslosen Sammelsurium und zu einem Dilettantismus ohnegleichen geführt hatte. Man glaubte nicht, daß dies beim Fachstudium so ohne weiteres anders würde, und wer tiefer in den Betrieb des akademischen Unterrichtes hineingesehen hat, wird dies bestätigen. Unsere Wissenschaften sind heute so ausgebaut, spezialisiert und nach allen Richtungen durchgedacht, daß eine beliebige Vermehrung des Lernstoffes jederzeit eintreten kann; und die — durchaus nicht immer trübende — Fama berichtet ja von mancherlei teils humorvollen, teils sehr betrüblichen Details, die zeigen, in welcher Weise ein unfähiger Examinator den rein gedächtnismäßigen Stoff ausbeutet und den Inhalt seiner eigenen, oft recht unwesentlichen und umständlichen Produktionen abfragen kann.

Das Fachstudium gibt also durchaus keine Gewähr gegen Zersplitterung und Geisteslosigkeit, die hier sogar zu einer „Wissenschaft des Nichtwissenswerten“ führen kann — was bei der alten Seminarische Schule kaum der Fall war. Wohl aber hindert das Fachstudium den akademisch gebildeten Lehrer schon heute an der Erfüllung der eigentlichen didaktischen Aufgaben der Schule, und das Fachstudium ist ja — man vergesse dies nie! — historisch nur deshalb entstanden, weil bei dem alten humanistischen Gymnasium die Befähigung dieser Schule und das Forschungsgebiet des klassischen Philologen aufs innigste harmonisierten; die nach Gleichberechtigung strebenden späteren Schultypen wurden alsdann zur Nachahmung dieser Art der Vorbildung für ihre Lehrer veranlaßt und auf besondere Spezialgebiete hingewiesen, bis schließlich auf diese Weise der absurde Zustand eingetreten ist, daß den Schülern auf den Realgymnasien oder Realschulen viele Dinge nur deshalb vorgelesen werden, weil der Universitätslehrer in den Lehramtskandidaten ein Publikum brauchte, vor dem er seine Spezialforschungen ausbreiten konnte. Es ist ja gar kein Zweifel, daß der Geschichtslehrer an den höheren Lehranstalten auf der Universität Vieles gelernt hat, was ihm vor der Klasse ganz und gar nicht von Nutzen ist, daß ihm dagegen oft elementare Kenntnisse auf anderen Wissensgebieten fehlen, die er im Geschichtsunterricht und überhaupt im Interesse einer Konzentrierung aller Unterrichtsfächer dringend nötig hätte. Wie will der Geschichtslehrer z. B. die Renaissance schildern, ohne naturwissenschaftliche Kenntnisse? Er kann sich diese aneignen — gewiß! Aber der Lehrer soll eben mehr wissen als er zu lehren hat, sonst wäre die höhere Ausbildung überhaupt nicht nötig.

Hier liegen — ich gestehe — schwierige Probleme sowohl der Lehrerbildung wie des Hochschulunterrichts, aber es geht nicht an, sie kurzweilig zu lösen, indem man alte, längst als schlimm erkannte Fehler einfach noch vergrößert, und es geht auch nicht an, daß unser ganzes nationales Schulsystem weiter in die Spezialisierung hineingetrieben wird. Man prüfe einmal erstlich den Lehrstoff unserer höheren Lehranstalten, und man wird staunen, wie viel des Toten trotz aller Meinung der letzten Jahre noch darin ist und mitgeschleppt wird, weil die Lehrer dies und nur dies auf den Universitäten gelernt haben. Gewiß ist die Gefahr groß, daß vor allem der Seminarbetrieb der Universitäten an wissenschaftlicher Gründlichkeit leiden kann, wenn inhaltlich ein Ausgleich zwischen den Bedürfnissen des Lehrens und Forschens gesucht werden muß — vorausgesetzt, daß diese wissenschaftliche Höhe tatsächlich überall vorhanden ist. Aber es ist zu betonen, daß auch hier das Problem heute bereits gesehen und an seiner Lösung gearbeitet wird. Auf der letzten deutschen Historikerversammlung, die im vorigen Jahre in Frankfurt a. M. abgehalten und von Hunderten von Historikern aus ganz Deutschland Erfahrungen seiner Schultätigkeit an der Universität nutzbringend verwendet, über die didaktisch-historischen Übungen, die er am Münchener Historischen Seminar eingerichtet hat und die neu und wegweisend sind; es waren freilich nur vier oder fünf Dozenten, die dem Vortrage anwohnten. Immerhin würde es allen Bestrebungen der Hochschullehre den Todesstoß versetzen, wenn jetzt die Masse der Lehrerschaft das Fachstudium ertrebe und erreichte. Man würde alsdann an den Universitäten beim alten Lehrbetrieb bleiben können, die Lehrerschaft würde für ihren Beruf wenig gewinnen und die Schulkinder wäre auch hier wieder der Leidtragende. Wenn hingegen die Studierenden des Schulfaches in mehreren, für die Schule besonders wesentlichen Wissensgebieten — über die man noch generell zu sprechen hätte — die volle und gleiche wissenschaftliche Ausbildung ohne Auswahl und ohne weitere Spezialisierung erhielten, während sie in allen anderen Zweigen — Mathematik, fremde Sprachkunde, Physik — sich ausschließlich auf Repetitionen beschränken, dann zwingen sie allein durch ihr Dasein die Hochschulen zu einer Überprüfung ihres Lehrstoffes in den Vorlesungen und ihrer Methoden in den Übungen. Für den Geschichtsunterricht glaube ich gezeigt zu haben, wie dies auch den Zwecken der Schule voll und ganz entspricht; ich kann mir keinen guten Geschichtslehrer denken, der nicht auch über philosophische, naturwissenschaftliche, geographische, geologische Kenntnisse verfügt; aber ich kann mir heute sehr wohl einen trefflichen und wissenschaftlich exakt arbeitenden Historiker denken, der vieles von dem nicht kennt, was heute von unseren Lehramtskandidaten beim Abschluß des Universitätsstudiums verlangt wird — also ausgedehnte Kenntnisse der Spezialliteratur, die man jederzeit in bekannten Bibliographien nachschlagen kann, ferner die Kenntnis der historischen Hilfswissenschaften, die man nur bei Erforschung

R. K.

bestimmter Epochen braucht, oder wohl auch gotischer oder altfranzösischer Paradigmata.

Dies alles möge sich die Lehrerschaft vor Augen halten. Sie wird relativ leicht das Fachstudium haben können, weil gerade die grundsätzlichen Gegner des Universitätsstudiums der Lehrer die ganze Bewegung damit ad absurdum führen wollen; und vermutlich würde ihnen dies recht bald gelingen. Der Weg, der über eine Reform des Universitätsunterrichtes führt und sie erzwingen kann, ist schwieriger, und man hat auf dem Anmarsch mit persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten zu rechnen. Aber sachliche Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden, und von den persönlichen gilt auch heute noch all das, was Lagarde — gewiß kein zersetzender Revolutionär, aber ein starker Kritiker und innerlich freier Mann — in dieser Hinsicht gesagt hat und was man in seinen Schriften über Schulen und Universitäten nachlesen mag. Auch darf man nicht vergessen, daß wir es heute überall in Staat und Gesellschaft mit einer rückläufigen Bewegung zu tun haben und daß alle Mediotritäten, die in den vergangenen schweren Jahren mit ihren eigenen privaten Sorgen beschäftigt waren, nun wieder aus ihren Löchern hervorgekommen sind und in der warmen Sonne der Stabilität anmaßend sich breit machen, als ob überhaupt in der Welt und in Deutschland seit zehn Jahren nichts geschehen sei. Nicht mit Unrecht hat der Berliner Historiker Friedrich Meinecke in einer vielbeachteten Rede von dem kulturpolitischen Verfall des deutschen Bürgertums gesprochen. Auch die Lehrerbewegung wird mit dieser Tatsache rechnen müssen, und sie wird sich darüber klar werden müssen, daß nochmals von neuem der ganze gläubige Idealismus der älteren Lehrergeneration aus der Zeit Diesterwegs und aus den 60er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts notwendig sein wird, wenn sie die Schulreform doch noch erreichen will. Und sie wird — um Ziele und Schwierigkeiten richtig abzumessen — immer wieder sich vor Augen halten, daß man ein Haus, in das man hineingehen will, nicht von außen beurteilen darf und daß man wissen muß, ob der Geist, der in ihm noch die Führung hat, mit dem eigenen Willen zusammenstimmt. Denkwürdig wird in dieser Hinsicht immer das Wort bleiben, das ein Geschichtslehrer an einer deutschen Universität im Gespräch mit einem hervorragenden deutschen Schulmann, der sich um die Entwicklung des höheren Schulwesens die größten Verdienste erworben hat, kürzlich gesprochen hat: wir sind „produktiv“, ihr anderen dagegen seid „nur Pädagogen“.

So wird viel kleine Eitelkeit verletzt werden müssen, aber so steht es in der Tat: die Reform der Schule wird nicht möglich sein ohne die Reform der Lehrerbildung, die Reform des Geschichtsunterrichtes insbesondere nicht ohne Umgestaltung der Vorbildung des Geschichtslehrers — aber dies alles wird überhaupt nicht möglich sein ohne die Universitätsreform, und sie ist allerdings die dringlichste und die schwerste. Es gibt schon heute unter den Universitätslehrern viele, die gerade aus ihrer Stellung und Tätigkeit die Pflicht zu immerer Unabhängigkeit auch in Dingen der Universitätsreform herleiten, und die für sich das Recht und den Beruf in Anspruch nehmen, die geistigen Grundlagen und Voraussetzungen des deutschen akademischen Lebens nicht einfach kritisch zu übernehmen — weil nun einmal die Bahnen, die die Vorgänger mit großer Mühe geebnet haben, nun so bequem geworden sind —, sondern die entschlossen sind, den Begriff des Gelehrten und den des Hochschullehrers von neuem zu durchdenken. Sie werden scheitern, verachtet und berachtet, wenn nicht jeder einzelne aus der deutschen Jugend und die deutsche Lehrerschaft in ihrer Gesamtheit — in der allein der deutsche Geist eine mächtige und wirkungsvolle Organisation gefunden hat — hinter ihnen stehen und sie stützen. Die Gleichgültigkeit des einzelnen ist noch so groß, und darum tut immer von neuem der Bedruf not, der hinweggeht über den naiven Hochmut der sich selber rühmenden „Produktivität“ und der daran erinnert, daß die größten und erfolgreichsten Forscher unserer deutschen Geistesgeschichte zugleich auch als demütige Erzieher des Volkes und als schlichte, aber mutige Neudecker seines Daseins sich gefühlt haben.

Die Arbeitslosigkeit. Laut „B. L.“ sind nach der letzten Zählung 567 000 Personen im unbesetzten Gebiet erwerbslos, im besetzten Gebiet 102 000. Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ ist im Verlaufe der letzten Wochen die Zahl der Erwerbslosen um über 40 Proz. gestiegen. Einzelne Gemeinden in Sachsen weisen sogar eine Verdoppelung und mehr auf. In Bayern ist die Zahl der Erwerbslosen von 102 000 am 15. Dez. auf rund 120 000 am 24. Dez. gestiegen. Es ist dies das Verfallsjahr von Anfang November.

Die Reise des Reichspräsidenten in das befreite Rheinlandgebiet. Nach einer Mitteilung der „Köln. Ztg.“ ist beabsichtigt, die Reise des Reichspräsidenten von Sinsberg in die befreiten Rheinlandgebiete, die in den Monaten Februar fallen dürfte, nach Möglichkeit einzuschränken. Bei den maßgebenden rheinischen Behörden, die ein Programm für die Reise und die damit verbundenen Veranstaltungen vorbereiten, besteht, einer Berliner Korrespondenz zufolge, angesichts der heutigen wirtschaftlichen Lage die Absicht, die Veranstaltungen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Es seien Befreiungsfeiern, denen der Reichspräsident beiwohnen dürfte, nur für Köln und Bonn geplant.

Stillelegung staatlicher Werke in Bayern. In Verantwortung einer parlamentarischen Anfrage teilte die bayerische Regierung mit: Die ungünstige Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse habe dazu geführt, daß die Eisenbahnwerke in Bayern vor einiger Zeit geschlossen und die Eisenbahnwerke des Südturms Werken stillgelegt werden mußte. Die Schließung weiterer Werke oder Betriebsabteilungen von staatlichen Werken sei gegenwärtig nicht angeordnet, wohl aber habe der Betrieb in manchen Abteilungen infolge starken Rückganges von Bestellungen in den letzten Monaten mehr oder weniger eingeschränkt werden müssen.

Arbeitslosigkeit im Bankgewerbe. Wie die Blätter melden, beschließen die Bankbeamtenorganisationen zu dem vor Weihnachten gefällten Schiedspruch im Bankgewerbe eine Arbeitslosigkeit vorzunehmen zu lassen.

Politische Neuigkeiten

Gegen das Versailler Schulbekenntnis

Bei der Besprechung der vor kurzem veröffentlichten Petition an das englische Unterhaus, in der die Streichung der Artikel 231 und 227 des Versailler Vertrages gefordert wird, schreibt die Newyorker „World“: Diese Forderung will mit der Behauptung aufräumen, daß Deutschland für den Ausbruch des Krieges allein verantwortlich ist oder allein gegen die Heiligkeit der Verträge verstoßen hat. Wenn Deutschland sich dazu verstehen konnte, bei einer Streichung der Artikel 231 und 227 den Damesplan nicht als hinfällig zu betrachten, so könnte die Anpassung des Versailler Vertrages an die geschichtliche Wirklichkeit weiter gefördert werden.

Deutschland und der Völkerbund

Die „Deutsche Diplomatische Politische Korrespondenz“ schreibt: Ein Berliner Montagsblatt bringt Ausführungen über angebliche Maßnahmen der Reichsregierung bezw. des Außenministers zur Ernennung eines deutschen Delegierten beim Völkerbund. Deutschland hat sein Zulassungsgesuch noch nicht eingereicht, ist noch nicht in den Völkerbund aufgenommen und wird erst nachher in die Lage kommen, sich bei Völkerbunds- und Ratstagungen vertreten zu lassen. Es sind daher Personalfragen bisher überhaupt noch nicht erörtert worden. Die Reichsregierung beabsichtigt jedoch, keinen ständigen führenden Vertreter in Genf zu unterhalten, sondern von Fall zu Fall, genau wie das auch die anderen Mächte tun, sich entweder durch den Reichsaußenminister oder durch ad hoc beauftragte Delegierte vertreten zu lassen.

Die Pariser Luftfahrtsverhandlungen

Nach einer Meldung des „Berl. T.“ werden am 6. Januar gleichzeitig mit der Wiederaufnahme der deutschen Verhandlungen mit der Vorkonferenz auch die deutsch-französischen Verhandlungen über Luftverkehrsfragen stattfinden. Das Blatt glaubt, daß man deutscherseits dem französischen Wunsch, deutsches Gebiet überfliegen zu dürfen, unter der Voraussetzung absoluter Gegenseitigkeit Rechnung zu tragen bereit sei. Aber das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen mit der Vorkonferenz berichtet das Blatt, daß die Begriffsbestimmungen und Beschränkungen für die deutsche Luftfahrt bereits als aufgehoben gelten dürften und daß damit auch das internationalisierte Luftfahrtgarantiefomitee in Berlin verschwinden dürfte. Es erscheine jedoch noch sehr zweifelhaft, ob die von der Gegenseite geforderten „Garantien“ in ihrer jetzigen Form für Deutschland annehmbar seien.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

In der Öffentlichkeit ist in den letzten Tagen verschiedentlich von einem 100 Millionenfonds gesprochen worden, der nunmehr zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgeschüttet werden soll. Damit hat es, wie von Berliner maßgebender Seite mitgeteilt wird, folgende Bewandnis:

Der Reichsarbeitsminister kann zur Unterstützung von Maßnahmen, die geeignet sind, den Abbau der Arbeitslosen für zu fördern, insbesondere zur Beschaffung von Arbeitsstellen für die Erwerbslosen Darlehen oder Zuschüsse aus Reichsmitteln bewilligen. Zu diesem Zwecke werden ihm in jedem Haushaltsjahr bestimmte Mittel zur Verfügung gestellt. Sie werden in erster Linie zu Darlehen für öffentliche Notstandsarbeiten verwendet. Von den Mitteln, die nach dem Haushalt für 1925 für die produktive Erwerbslosenfürsorge bereitstehen, ist ein erheblicher Teil schon im Laufe des Haushaltsjahres verausgabt worden. Die noch vorhandenen Mittel sollen unter entgegenkommenden Bedingungen solchen Gebieten zugutekommen, die besonders unter der Erwerbslosigkeit zu leiden haben, und hier zur beschleunigten Einleitung weiterer Notstandsarbeiten dienen. Die Bewilligung von Reichsmitteln setzt voraus, daß die Länder den gleichen Betrag für die produktive Erwerbslosenfürsorge verwenden. Diese Mittel, die damit insgesamt zur Verfügung stehen, reichen zweifellos aus, um die Notlage der Arbeitslosen zu lindern.

Hochschullehrer und wirtschaftliche Interessen

Die Vereinigung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer hat auf ihrer Generalversammlung in Jena eine Entschließung gefaßt, in der betont wird, daß die Abhängigkeit des Hochschullehrers von wirtschaftlichen Interessen und wirtschaftlichen Verbänden geeignet sei, das Vertrauen in die Objektivität der Forschungsarbeit zu erschüttern. Insbesondere verlangt die Entschließung von allen Hochschulgelehrten, daß sie bei allen Veröffentlichungen die das Interessengebiet ihrer Disziplin betreffen, ihren Interessenverbänden, ihr Verhältnis zu dieser Stelle kenntlich machen. Verbote von Interessenverbänden in dieser Hinsicht sollen, als gegen die Standesehre verstoßend, nicht befolgt werden. Dem „Vorwärts“ zufolge richtet sich diese Entschließung gegen die Publikationen des Berliner Privatdozenten Dr. Kurt Ritter über die Agrarpolitik. Auf dem Titel der Schriften war der Verfasser nur als Dozent und nicht als Beamter der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer angegeben.

Titel- und Ordensverleihungen in Bayern

Die Titel, an deren Verleihung sich die bayerische Regierung und das bayerische Volk trotz der Reichsverfassung gewöhnt haben, sind, wie der „Frankf. Ztg.“ aus München berichtet wird, auch dieses Jahr reichlich gefallen. Unter den neuernannten Geheimräten findet sich u. a. der Maler Franz v. Stud. Außerdem hat die bayerische Regierung tatsächlich den Titel eines Arbeitsrats und eines Landesarbeitsrats geschaffen und damit eine große Anzahl von Arbeitern und im Gewerkschaftsleben stehende Personen ausgezeichnet. Neu sind auch die Titel des Versicherungsrates und des Landesversicherungsrates.

Für den bayerischen Maximiliansorden für Kunst und Wissenschaft sind zum ersten Mal seit der Revolution wieder neue Mitglieder ernannt worden, darunter in der Abteilung für Wissenschaft der berühmte Chemiker Geheimrat Willstätter, der wegen antifaschistischer Tendenzen an der Universität seinen Lehrauftrag aufgegeben hat, und der derzeitige Rektor der Münchener Universität Geheimrat Wien, in der Abteilung für Kunst Max Liebermann, Max v. Stewart, Theodor Fischer und der Akademiedirektor Prof. German Reinecker.

Über Titelablehnungen wird berichtet: Nachdem der Christliche Gewerkschaftsführer Funke den ihm zugeordneten Titel eines bayerischen Landesarbeitsrates ausgeschlagen hatte, haben zwei weitere Führer der christlichen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftssekretäre Geier und Rothel, die beide dem Augsburger Stadtrat angehören, den Titel Arbeitsrat abgelehnt.

Kastbarkeit der Gemeinde für das Wohnungswesen. Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf, die rechtskräftig geworden ist, hatten die Gemeinden für die Schäden, die infolge schuldhafter Beschlagnahmen durch die Wohnungsdienste entstehen.

Italienisch-schweizerischer Grenzzwischenfall

Die Blätter berichten über einen italienisch-schweizerischen Grenzzwischenfall, der sich am Samstag in Arona im Kanton Tessin abgespielt hat. Der Bürgermeister der italienischen Gemeinde Campione und einige seiner Begleiter gerieten auf einer Tanzunterhaltung im Arona mit einem in der Schweiz naturalisierten Italiener und dessen Freunden in ein Handgemenge, in dessen Verlauf der Bürgermeister mehrere Revolvergeschosse abgab. Der Bürgermeister und seine Begleiter verletzten sich schließlich in dem Lokal, wo sie von Dorfweibern, die sich mit Beugeln bewaffnet hatten, regelrecht belagert wurden. Erst am Sonntag wurden sie von schweizerischer Gendarmerie befreit und an die Grenze geleitet. Bei dem Zusammenstoß handelte es sich um die Austragung einer alten Feindschaft zwischen dem Bürgermeister und dem naturalisierten Italiener, der seinerzeit aus der italienischen Armee desertiert war und von dem Bürgermeister von Campione verhaftet worden war.

Eine Erklärung Briands

Aber die Finanzgesetze Doumers betonte der französische Ministerpräsident Briand Pressevertretern gegenüber, daß er alles versuchen werde, um eine Einigung herbeizuführen. Eines schien mit ziemlicher Sicherheit aus seinen Ausführungen hervorzugehen, nämlich, daß er, wenn keine Einigung erzielt werden sollte, nicht daran denke, von der Regierung zurückzutreten. Ich bin zu oft zurückgetreten, so erklärte er, als daß ich das Recht hätte, dies wiederum zu tun.

Zur Lage in China

Die Meldungen der englischen Blätter bestätigen übereinstimmend, daß Tschang Tsai-lin durch die Niederwerfung des Aufstandes seiner Unterführer die Herrschaft in der Mandchurie wiederherstellte und Fung Pu-huang ungewissheit sich ein Übergewicht in der Peking-Jane beschaffte, obgleich nach englischer Auffassung dadurch Fung keineswegs die Zentralkontrolle Chinas sich schon sicherte. Fung radikal Nationalismus und seine Sympathien für Sowjetrußland werden, wie der „Manchester Guardian“ meint, in seinen äußersten Forderungen in den Tarif- und Exterritorial-Untersuchungen Ausdruck finden. Die „Times“ ist der Ansicht, daß die Neutralität der einzelnen Führer in China kein Eingreifen von Seiten einer der Parteien, die darum gebeten werden sollte zulasse und kein einzelner Führer eine britische Unterstützung wert sei. Japans wachsame Neutralität, verbunden mit einer aktiven diplomatischen Vertretung seiner nationalen und kommerziellen Rechte, sei instruktiv und werde gewiß von der japanischen Regierung gefördert werden.

Vergleich zwischen Fiskus und Familie Hüffe. Nach der Meldung einer Berliner Korrespondenz ist zwischen der Witwe des verstorbenen Reichspostministers Dr. Hüffe und dem preussischen Fiskus auf Grund der Feststellungen des preussischen Untersuchungsausschusses ein Vergleich unterzeichnet worden, durch den die Witwe für ihre eigene Person eine lebenslange jährliche Rente von 3000 Mark zugesprochen erhält. Die Rente erlischt im Falle der Wiederbeschäftigung. Für die drei minderjährigen Kinder wird außerdem bis zum 18. Lebensjahre eine Jahresrente von 600 Mark ausbezahlt.

Kurze Nachrichten

Rückkehr des Reichskanzlers am 7. Januar. Reichskanzler Dr. Luther der sich auf eine kurze Erholungsreise begeben hat, wird laut „Tägliche Rundschau“ am 7. Januar wieder nach Berlin zurückkehren. Das Blatt nimmt an, daß er dann mit der Regierungsbildung betraut werden wird.

Ein Neubau für den Reichskanzler. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ wird zurzeit von der Reichsregierung ein Bauplan erörtert, der bereits vorliegt und bezweckt, das Dienstgebäude des Reichskanzlers in der Wilhelmstraße durch einen Neubau auf dem südlich angrenzenden Gelände zu erweitern. Es soll darin für den Reichskanzler eine Amtswohnung geschaffen werden, die den modernen Bedingungen entspricht.

Der Präsident des Städtetages. Der Deutsche und der Preussische Städtetag haben ihre gemeinsame Geschäftsstelle neu organisiert und den Ministerialdirektor Dr. Müller zum Präsidenten in beiden Vorständen berufen. Dr. Müller wird voraussichtlich am 1. Februar 1926 die Leitung beider Städtetage und damit die Leitung der gemeinsamen kommunalen Angelegenheiten der deutschen und preussischen Städte übernehmen.

Eingekerkertes Verfahren. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen den Kaufmann Rudolf Schnaps, der am Versammlungstage in Berlin auf dem Kurfürstendamm den Frontbannern Berner Wölfe durch einen Revolveranschlag getötet hatte, eingestellt, weil es sich nach den Feststellungen des Untersuchungsrichters um einen Notwehrakt gehandelt hatte.

Ein nichtbeschäftigter Bürgermeister abermals gewählt. Wie die „Bayer. Staatsztg.“ meldet, wurde der von der Saarregierung nichtbeschäftigte Dr. Rogg am 22. Dezember von dem Gemeinderat der saarpfälzischen Gemeinde Mittelbach zum zweiten Male zum Bürgermeister gewählt. Die gesamte Bürgererschaft steht geschlossen hinter der Gemeinderatsmehrheit und ihrem Kandidaten.

Herabsetzung der Dienstzeit in Belgien. In der belgischen Kammer erklärte der Minister für die nationale Verteidigung, die Regierung beabsichtige, die Herabsetzung der Dienstzeit für die Infanterie auf zehn und für die Kavallerie auf 13 Monate zu beantragen.

Die englisch-türkischen Beziehungen. „Daily News“ schreibt, amtliche Kreise in London teilten nicht die Befürchtung, die in gewissen Blättern wegen der englisch-türkischen Beziehungen geäußert wurde. Es werde nicht angenommen, daß im Hinblick auf den bevorstehenden Beginn der englisch-türkischen Verhandlungen irgend ein überreifer Schritt der türkischen Regierung zu erwarten sei.

Dem Gedächtnis Wilsons. Aus Newyork wird gefeiert: Der Geburtstag des verstorbenen Präsidenten Wilson wurde heute, Dienstag, in 600 Städten Amerikas begangen. Die Postverwaltung hat anlässlich des Jahrestages eine neue 17 Cent-Wilson-Regierungsmarke herausgegeben.

Amerika und die Genfer Konferenz. Während der Weihnachtsfeiertage sind von amerikanischen Gesandten in Genf vollständige Informationen über die vorbereitende Abrüstungskonferenz in Genf eingetroffen. Es besteht wenig Wahrscheinlichkeit, daß irgend ein endgültiger Schritt getan werden wird, bevor Kellogg nach Newyork aus seinem Heimatort in Minnesota zurückgekehrt ist.

Badischer Teil

Aufwertung von Lebensversicherungen

Die nach dem Aufwertungsgesetz vom 15. Juni 1925 am 1. Januar 1926 ablaufende Frist für die Anmeldung der aufzuwertenden Hypotheken wird in weiten Kreisen irrümlicherweise auch auf Lebensversicherungen bezogen, so daß die Meinung verbreitet ist, Lebensversicherungsansprüche müßten ausdrücklich angemeldet werden, sei es beim zuständigen Amtsgericht oder unmittelbar bei der Gesellschaft. Neuerdings wurde sogar im Briefkasten einer süddeutschen Zeitung aufgefodert, diese Anmeldung unter Einschieben oder noch zweckmäßiger durch den Gerichtsvollzieher zustellen zu lassen. Hieraus bezug nehmend, teilt die Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G. mit, daß Lebensversicherungen im Aufwertungsgesetz eine Ausnahmestellung insofern einnehmen, als der Anspruchsberechtigte keine Anmeldepflicht hat, deren Verfallnis seinen Anspruch gefährden könnte. Die Aufwertung der Lebensversicherungen vollzieht sich vielmehr ohne jedes Zutun des Versicherten. Die Lebensversicherungsgesellschaften wahren also die Interessen ihrer Versicherten ohne weiteres. Bei dieser Gelegenheit sei auch die Frage gestreift, bis wann der Aufwertungsanspruch des einzelnen Versicherten festgestellt werden kann. Voraussetzung dieser Feststellung ist, daß die Lebensversicherungsgesellschaft selbst erst einmal weiß, was sich als Gesamtbetrag aus der Aufwertung ihrer Vermögensseite ergibt. Diese Summe läßt sich aber wegen verschiedener nach dem Aufwertungsgesetz noch laufender Fristen vorerst nicht bestimmen. So kann z. B. bis zum 1. April 1928 je nach den besonderen Verhältnissen der Hypothekengläubiger eine höhere, der Hypothekenschuldner eine niedrigere als Prozentanteile Aufwertung beantragen. Auch steht die Festlegung der Aufwertung der Aufwertungsquote der einzelnen Lebensversicherung werden noch einige Monate verstreichen.

Vollstrauertag

Zur Frage des Vollstrauertages wird uns mitgeteilt: Der Reichsausschuß des Reichstages, dem der Antrag auf Einsetzung des Vollstrauertages für die Gefallenen vorliegt, wird auf der Frage der geschlichen Festsetzung dieses Tages nach Bildung der neuen Reichsregierung Stellung nehmen. Für alle Fälle hat der Ausschuß für die Festsetzung eines Vollstrauertages, dessen Vorsitzender der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist, beim Reichsministerium des Innern beantragt, den Tag im Verordnungswege zu schenken, damit ein würdiger Verlauf des Vollstrauertages gewährleistet ist. Der Tag wird einheitlich von allen Volksgenossen und Religionsgemeinschaften am fünften Sonntag vor Ostern, Reminiscere, begangen, da sich bei der letzten Veranstaltung des Vollstrauertages in einigen Kirchen, z. B. Württemberg und Baden herausgestellt hat, daß der sechste Sonntag vor Ostern, Invocavit, mit anderen kirchlichen Feiertagen zusammenfällt. Nachdem die Spitzenbehörden der drei Religionsgemeinschaften ihre Zustimmung gegeben haben, wird der Vollstrauertag am Sonntag Reminiscere, 28. Februar, vom ganzen Volke einmütig gefeiert werden. Die erforderlichen Vorbereitungen nach den vom Volksbunde Deutsche Kriegsgräberfürsorge herausgegebenen Richtlinien sind bereits eingetroffen. Diese Richtlinien können beim Landesverband des Volksbundes in Karlsruhe, Richard Wagnerstraße 13, angefordert werden. Wir glauben, daß nunmehr alle in Baden gegen die feierliche Festsetzung des Feiertages erhobenen Bedenken beseitigt sind.

Die Versuchsexplosion vom 18. Dezember

Wie erinnerlich, wurde am 18. Dezember d. J. in Kammersdorf bei Berlin eine Versuchsexplosion veranstaltet, um die Ausbreitung der Erdbeben- und Schallwellen zu studieren. Die Badische Landesweiterwartung hatte um Beobachtungen aus dem Westreise gebeten. Bei starker Bewölkung und frischem Südwestwind waren aber die Beobachtungsbedingungen nicht günstig. Die meisten Meldungen lauteten negativ, so aus Karlsruhe selbst, Baden-Baden, Schwarzwald, Pfalz und Hessen. Einige Beobachter glaubten zwar, ein Geräusch gehört zu haben, doch stimmt deren Zeitangabe so wenig überein, daß wohl ein Irrtum vorliegt. Dies gilt wohl auch für einige Beobachter der Freiburger Gegend, deren Meldungen zwischen 11.22 und 11.40 Uhr schwanken. Positiv wurde die Explosion nur um 11.25 Uhr auf der Königstuhlsternturme beobachtet. (Der Seismograph zeichnete die Erdbebenwelle deutlich um 11 Uhr 13 Min. auf.)

Ablehnung des Schiedspruches in der Uhrenindustrie

Dr. Freiburg i. Br., 28. Dez. Der vom Schiedsgericht in Donaueschingen unterm 22. Dezember im Lohnstreit der Uhrenindustrie gefällte Schiedspruch, der mit Wirkung vom 4. Januar 1926 ab eine Herabsetzung des tariflichen Gehaltes von 88 auf 66 Pfennig und auch eine Ermäßigung der Stunden- und Akkordlöhne vorsch, wurde vom Verband der Uhrenindustrie abgelehnt. Das gleiche taten die an dem Kollektivabkommen der Uhrenindustrie beteiligten Gewerkschaftsverbände, welche am Sonntag in Wilingen eine erweiterte Konferenz abhielten. In der Ablehnung dieser Konferenz wird die Überzeugung ausgedrückt, daß vom wirtschaftlichen Standpunkt aus keine Kräfte gegeben sei, einen Abbau der Löhne in die Wege zu leiten.

Winterübung des Reichsheeres

Dr. Stuttgart, 29. Dez. Unter Leitung des Infanterieführers der 5. Division (Stuttgart), Generalleutnant W. W. W. W., findet Mitte Januar eine mehrtägige Winterübung von größeren Teilen der 5. Division im Raume Tübingen-Geisingen-Neutlingen statt. An der Übung sind beteiligt das 2. und 3. Bataillon des 15. württembergischen Infanterieregiments aus Stuttgart und des 14. badischen Infanterieregiments aus Tübingen und Konstanz, die dritte württembergische Abteilung des 5. Artillerieregiments (Ludwigsburg), Teile des 18. Reiterregiments, der 5. Nachrichtenabteilung, des 5. Pionierbataillons und der 5. Fahrabteilung.

Hochwassermeldungen

Aus Baden liegen folgende letzte Meldungen vor:
Dr. vom Oberrhein, 28. Dez. Nach den aus dem deutschen Oberrheingebiet vorliegenden Meldungen ist mit einer eigentlichen Hochwassergefahr vorläufig nicht zu rechnen. Das Rheinflutwasser steigt wohl noch etwas an, doch sind die Nebenbäche und -flüsse in diesem Gebiet bereits wieder im Falle begriffen. Überschwemmungen sind bisher nicht eingetreten.
Dr. Karlsruhe, 29. Dez. Das Hochwasser hat etwas nachgelassen, weniger infolge des geringen Regens, als vielmehr wegen des Aufhörens der Schneefälle. Immerhin kommt man noch zu gewaltigen Wassermassen zu Tal, daß die Niederrungen noch mit einem Steigen der Übersflutungen zu rechnen haben werden. Vieles ist auch Schaden, vor allem an Straßen und Wegen angerichtet worden. Eine endgültige Abwehr vom warmen Wetter und den Niederschlägen

scheint noch nicht bevorzustehen, sodaß nur ein langsames Zurückgehen des Wassers zu erwarten ist.

Dr. Donaueschingen, 29. Dez. In Wolterdingen hat das Hochwasser der Breg den Ortteil Anger unter Wasser gesetzt und die zum Bahnhof führende Straße überspült, die etwa 40 Zentimeter hoch unter Wasser steht. Ein Pferdefuhrwerk vermittelt den Verkehr mit dem Bahnhof. Gegenüber dem sehr hohen Wasserstand von 1919 ist die Höhe des Wassers in diesem Jahre 30 Zentimeter niedriger. In Pföhren staut sich das Wasser an der Donaubrücke. Das ganze sogenannte Pföhrener Ried bildet einen großen See. Die an der Donau und dem Bahnhofswege gelegenen Häuser stehen unter Wasser. Das Vieh mußte nachts aus den Ställen herausgeholt und in die höher gelegenen Orte gebracht werden.

Dr. Freiburg, 29. Dez. Über Nacht ist ein weiteres Steigen des Hochwassers der zahlreichen Schwarzwaldflüsse nicht eingetreten. Aus Offenburg wurde langsames Fallen der Kinzig gemeldet. Die aufgetriebenen Wasserwehren konnten in einer Anzahl Ortschaften des Kinzigtales wieder zurückgenommen werden. In Wolfach hat die Kinzig einen Stand von 3/4 Meter über Normal. Für Wolfach selbst besteht jedoch keine Gefahr, da die Dämme eine Höhe von 5 Meter haben. Nur oberhalb der Stadt wäre das Wasser heinache eingedrungen. In Rehl beobachtet man gleichfalls langsames Zurückgehen des Rheines. Der Pegelstand betrug heute morgen dort 4,45 Meter. Seit gestern ist das Kinzigwasser bei Rehl um 80 Zentimeter zurückgegangen. Auf der nördlichen Seite von Rehl macht sich das Druckwasser der Kinzig unangenehm bemerkbar. Aus dem unteren Brigastal wird gemeldet, daß die Mühle und Brücken wie Inseln aus dem überschwemmten Gelände herausragen. Die Straßen zwischen Narbach und Nietheim bei Klengen und Aheraußen stehen unter Wasser.

Dr. Rastatt, 29. Dez. Die Murg führt gleichfalls Hochwasser zu Tal und füllt das ganze Wasserbett zwischen den beiderseitigen Dämmen aus, ohne aber gefahrdrohend zu sein. Der Wasserstand betrug in Rastatt 8 Uhr abends 2,60 Meter, ging dann etwas zurück, um nachts wieder anzusteigen. Heute morgen 8 Uhr zeigte der Pegel 2,60 Meter in Rastatt und 2,40 Meter an der Landesgrenze.

Dr. Karlsruhe, 28. Dez. Der Pegel des städtischen Rheinhafens verzeichnete heute abend nach 6 Uhr einen Stand von 6,70 Meter. Der Wasserpiegel im eigentlichen Rheinhett bei Maxau ist natürlich höher und dürfte bald 7 Meter erreichen. Der Fluß ist stellenweise über die Ufer getreten und hat das Vorgebiet überschwemmt. Vom Oberlauf kommen immer noch Hochwasserermeldungen, so daß ein Stillstand oder gar Fallen des Pegels nicht abzusehen ist. Es wird sogar befürchtet, daß die Maxauer Schiffsbrücke für den Verkehr geschlossen werden muß. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, um größere Hochwasserständen zu verhüten. Auch die Alb hat zwischen Rielingen und Maxau die Ufer überflutet.

Dr. Maxau, 29. Dez. Der Rheinpegel zeigte heute vormittag 8 1/2 Uhr eine Wasserhöhe von 6,72 Meter. Der Fluß steigt immer noch langsam. Aus Rehl und Nünningen kommen Meldungen, wonach der Rhein immer noch im Steigen begriffen ist.

Dr. Heidelberg, 29. Dez. Der Neckar ist infolge des gestrigen und heutigen Hochwassers an mehreren Stellen über die Ufer getreten. Auch oberhalb und besonders unterhalb der Stadt hat der Fluß sein Bett verlassen. Der Höchststand des Flusses dürfte aber jetzt erreicht sein. Gestern vormittag wurde aus Heilbronn bereits eine Abnahme von 21 Zentimeter gegenüber dem vorgezogenen Höchststand gemeldet. Hochwasserständen sind bis jetzt nicht gemeldet worden.

Dr. Tauberbischofsheim, 29. Dez. Die Tauber führt Hochwasser. Die Brücken bei Hochhausen, Dittelhausen und Lauda sind nicht passierbar.

Gemeinde-Rundschau

Theaterfragen in Baden-Baden. Im Bürgerausschuß zu Baden-Baden führte bei der Debatte über das Stadt-Schauspiel Intendant Waag u. a. aus, Baden-Baden müsse, um bei den Fremden in angenehmer Erinnerung zu bleiben, größte Sorgfalt auf eine lebendige Ausstattung legen. Er sei davon überzeugt, daß Baden-Baden in ein paar Jahren nicht mehr eine, sondern „die“ führende Theaterstadt Badens sei. Das Schauspiel des französischen Theaters sei noch nicht bindend abgeschlossen. Als Begründung des Engagements führte er die engen gesellschaftlichen Bande Baden-Badens mit Paris in früheren Zeiten an, die wiederherzustellen man nicht veräumen dürfe. Man müsse sich wieder bemühen, Paris, die Metropole der internationalen Gesellschaft, besonders auch der amerikanischen, für Baden-Baden zu interessieren.

Die Eröffnung des Gaswerkes Singen fand dieser Tage in Anwesenheit der Vertreter der Städte Singen und Radolfzell und der ausführenden Gesellschaft statt. Mit der Eröffnung dieses Gaswerkes ist ein Unternehmen fertiggestellt worden, das für die Städte Singen und Radolfzell und darüber hinaus für das Oberland eine besondere Bedeutung hat. Das Werk ist den neuesten wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechend gebaut und wird in seiner Eigenart als Ferngaswerk, das zunächst die Städte Singen und Radolfzell mit Gas versorgt, im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung gewinnen. Die Zahl der Gasabnehmer in den beiden Städten beträgt rund 8000, eine Zahl, die sich durch den Anfluß der Ortschaften der Umgebung bald steigern wird. Die Arbeitszeit für das umfangreiche Werk betrug neun Monate.

Ein viel begehrter Posten. Um den öffentlich ausgeschriebenen Posten eines Kurdirektors der Stadt Radolfzell haben sich insgesamt 880 Bewerber gemeldet. Den Hauptgewinn in diesem Lotteriespiel hat der Diplomatmann Wienkötter aus Wimpfen gezogen.

Aus der Landeshauptstadt

Viehählung. Die Viehhählung vom 1. Dezember hat in der Stadt einen Bestand ergeben von 1051 Pferden (mehr 23 Stück), 7 Maulseeln, 5 Eseln, 1068 Stück Rindvieh (weniger 120 Stück), 1099 Schweine (weniger 635), 410 Schafen, 1916 Hiegen (die Hiegenhaltung, die 1923 in Karlsruhe ihren Höchststand mit 8167 Stück erreicht hatte, ist seitdem zurückgegangen), 40 747 Stück Federhühner, 471 Bienenstöcke, 4108 Kanarienvögel und 4873 Hunden (weniger 210).

Orchesterkonzert der Feuerwehrlapelle (Streichmusik). Die Feuerwehrlapelle gab am Sonntag nachmittag unter Leitung ihres Dirigenten, Musikdirektor Irrgang im großen Festsaal ein Konzert, dessen Programm der Weihnachtszeit angepaßt war. Die Darbietungen fanden sehr beifällige Aufnahme und Verschiederne mußte wiederholt werden.

Ausländische Fußballer in Karlsruhe. Der Fußballsport am zweiten Feiertage und am Sonntag erhielt dadurch eine besonders interessante Note, daß ausländische Fußballspieler sich mit einheimischen im Fußballsport messen konnten. Am zweiten Feiertage spielte Olympique-Paris gegen Rhöniz-

Karlsruhe und erlitt eine Niederlage. — Die belgischen Arbeiterfußballer, die am Sonntag gegen die Freie Turnerschaft antraten, hatten mehr Glück. Sie trugen mit 7:1 den Sieg davon.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Für den Silvesterabend bereitet das Landestheater eine Einstudierung von Offenbach's Operette „Orpheus in der Unterwelt“ unter musikalischer Leitung von Ferdinand Wagner und unter szenischer Leitung von Otto Krauß vor. Am Neujahrstag ist die erste Wiederholung des Komponisten. Am Sonntag, den 3. Januar, geht Adam's komische Oper „Der Postillon von Lonjumeau“ neu einstudiert in Szene mit Robert Bay in der Titelrolle. Die nächsten Wiederholungen des überaus jugkräftigen Weihnachtsmärchens „Peterdorns Mondfahrt“ finden statt am Freitag, dem 1. Januar, 11 Uhr vormittags, am Samstag, dem 2. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, und am Sonntag, dem 3. Januar, nachmittags 2 Uhr. Im Konzerthaus gelangt am Silvesterabend, Donnerstag, dem 31. Dezember, der Schwank „Frgarten der Liebe“ von Hans Sturm zur vierten und am Sonntag, dem 3. Januar, zur fünften Aufführung. Das Lustspiel „Das Stützungsfest“ von Gustav von Moser wird am Freitag, dem 1. Januar, auf vielfachen Wunsch wiederholt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heidelberg, 29. Dez. In den frühen Morgenstunden ereignete sich bei Heidelberg ein schweres Automobilunglück, das als Folge des Hochwassers anzusehen ist. Der praktische Arzt Dr. Hermann Vogel aus dem benachbarten Biegelhausen hatte mit seiner Frau in Heidelberg an einer Weihnachtsfeier teilgenommen und ließ sich heute gegen 4 Uhr morgens einen Kraftwagen, der ihn nach Hause zurückfahren sollte. Zwischen Heidelberg und Biegelhausen war an der Stützungsstraße die Straße auf eine Strecke von etwa 100 Meter überschwemmt. Offenbar ist der Fahrer durch das starke Aufspritzen des Wassers irreführt worden. Er fuhr dann dem Wagen an die Böschung, rief einige Steine um und stürzte dann in den zurzeit sehr hoch stehenden Neckar. Dr. Vogel schlug eine Fenster Scheibe und konnte sich aus dem Wagen retten. Dagegen verschwanden Frau Vogel und der 13jährige Chauffeur Rater in den Fluten.

Dr. Schwetzingen, 28. Dez. Am zweiten Weihnachtsfeiertage wurde im Gebäude des Schwetzingen Amtsgerichts ein Einbruch verübt. Der Täter hatte es offenbar auf Geld abgesehen; denn in verschiedenen Büroräumen waren mehrere Behältnisse erbrochen. Der freche Eindringling hat aber nichts gefunden. Altes und sonstige Papiere ließ er an ihrem Platze. Bisher ist es nicht gelungen, den Einbrechers habhaft zu werden.

Dr. Kronau (Amt Bruchsal), 28. Dez. Die Landwirte haben dieser Tage ihren Tabak verkauft, wobei sie Preise von 16—20 M. erzielten.

Dr. Bretten, 28. Dez. Am Sonntag früh 5 Uhr entgleisten durch falsche Weichenstellung beim Stellwert 1 des Hauptbahnhofes einige Wagen eines nach Bruchsal ausfahrenden Personenzuges. Hierdurch wurden die Ausfahrungsgleise in Richtung Karlsruhe und Bruchsal für einige Stunden gesperrt. Personen kamen bei dem Unfall nicht zu Schaden. Nach angestrengter dreistündiger Arbeit waren die gesperrten Gleise wieder frei.

Dr. Ruspheim (Amt Karlsruhe), 29. Dez. Donnerstag Nacht gegen 5 Uhr morgens wurden hier drei Doppelschienen mit Schweinehälften ein Raub der Flammen. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, ein Übergreifen des Feuers auf die Wohnhäuser zu verhüten. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Dr. Freiburg, 29. Dez. Im benachbarten Wildtal kam es vor dem Gasthaus „Randelbühl“ am zweiten Weihnachtsfeiertage zu einer schweren Mordtat. In der Wirtschaft hatte sich der 24jährige Matthes aus Zähringen durch Raubmachten besonders herborgetan, so daß ihm der Wirt schließlich das Lokal verwies. Vor dem Lokal stieß Matthes auf den gleichfalls aus Zähringen stammenden Schäple, den er wohl für den Wirt gehalten haben mochte und stieß ihm ein Messer in den Hals. Schäple ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Der Täter konnte verhaftet werden.

Dr. Kürzell, 28. Dez. Am Vorabend des Weihnachtsfestes wollte ein 6jähriges Mädchen Weihnachtsgebäck in das Haus ihrer Verwandten bringen. Der äußerst scharfe Hofhund rief sich, während die Kinder im Hofe spielten, von der Seite los und stürzte sich auf das ihm fremde Kind. Er verbiß sich dabei derart in die Nase des 6jährigen Mädchens, daß von der Nase fast nichts übrig blieb. Von dem gleichen Hund war schon einmal das Brüderchen des Mädchens angefallen und am Leibe übel zugerichtet worden.

Müllheim, 28. Dez. Nach einer Meldung der „Markgräfler Nachr.“ ist hier im Alter von 68 J. am 2. Weihnachtsfeiertag der Oberreallehrer a. D. August Bergmann verstorben. Mit ihm ist eine Persönlichkeit dahingegangen, die im öffentlichen Leben der Stadt Müllheim eine bedeutende Rolle spielte. 1882 war August Bergmann in den badischen Staatsdienst eingetreten und zwar in Karlsruhe als Reallehrer. Kurz vor dem Kriege wurde er nach Müllheim an die Realschule versetzt. Hier erstreckte sich seine Lehrtätigkeit auch auf die Landwirtschaftliche Winterschule. Nebenher gingen noch Buchführungslehre, Vorträge in der seinerzeit gegründeten Volkshochschule usw. Als Verfasser handelswissenschaftlicher Schriften hat August Bergmann ebenfalls Anerkennung gefunden. Er verfaßte über ein Dutzend solcher Werke, die zum Teil hohe Auflagen erreichten und auch im fernsten Auslande begehrt sind. Im öffentlichen Leben betätigte sich der Verstorbene als Anhänger der Zentrumspartei. Auch in Müllheim gehörte er dem Gemeinderat an.

Dr. Darmstadt, 29. Dez. Zu dem Defencenutz im Hauptbahnhof wird noch gemeldet, daß an den Feiertagen die Staatsanwaltschaft, Vertreter der Mainzer Eisenbahndirektion und verschiedene Sachverständige eine eingehende Besichtigung unternahmen. Es wurde festgestellt, daß sich an verschiedenen Stellen des Mauerwerks Sprünge gezeigt hatten, denen man aber keine Beachtung beigelegt hat. Auch scheint die vor 12 Jahren ausgeführte Stundarbeit nicht hinreichend an der Decke befestigt worden zu sein. Vielleicht war auch das Holz inzwischen etwas eingetrocknet, sodaß sich die Klößen lockerten. Auch die Gefächterungen durch die zahlreichen D- und anderen Risse scheinen mitgewirkt zu haben. Staatspräsident Ulrich nahm an den Feiertagen gleichfalls eine Besichtigung der Unfallstelle vor. — Wie verlautet, befinden sich jetzt sämtliche Verletzten außer Lebensgefahr.

Dr. Stuttgart, 29. Dez. Der Reichsverband für das deutsche Schuhmacherhandwerk hat mit der Ausstellungs- und Tagungsstelle Stuttgart die Veranstaltung einer Fachausstellung des deutschen Schuhmacherhandwerks vereinbart, die in Verbindung mit der Tagung des Reichsverbandes stattfinden soll. Die Ausstellung wird im kommenden Jahre im August auf Rechnung und Gefahr des Reichsverbandes in den neuen Ausstellungshallen abgehalten.

